LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
17. Wahlperiode

Drucksache 17/10556
zu Drucksache 17/10374
14. 11. 2019

Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Marcus Klein (CDU)
– Drucksache 17/10374 –

Batterieproduktion am Standort Kaiserslautern

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/10374 –** vom 23. Oktober 2019 hat folgenden Wortlaut:

Der Berichterstattung über eine Auslandsreise der Ministerpräsidentin war zu entnehmen, dass es Gespräche zur Ansiedlung einer Batterieproduktion am Standort Kaiserslautern gab.
Ich frage die Landesregierung:

1. Welches Ergebnis hatten die Gespräche mit Blick auf eine baldige Ansiedlung einer industriellen Batteriefertigung am Standort Kaiserslautern?
2. Wie waren die bereits am Standort ansässigen Firmen der Automobilbranche in die Gespräche eingebunden und informiert?
3. Wie ist der aktuelle Stand des beihilferechtlichen Verfahrens zur Ansiedlung einer Batterieproduktion am Standort Kaiserslautern, an dem bereits standortansässige Firmen beteiligt sind?
4. Mit welchen Auswirkungen rechnet die Landesregierung aufgrund der Erkenntnisse aus den Gesprächen auf ein durchzuführendes beihilferechtliches Verfahren?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 13. November 2019 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 und 2:

Auf der Auslandreise der Ministerpräsidentin hat es keine Gespräche zur Ansiedlung einer Batterieproduktion am Standort Kaiserslautern gegeben.

Zu den Fragen 3 und 4:

Es ist ein industrie- und strukturpolitisches Anliegen der Landesregierung, am Standort Rheinland-Pfalz die Kompetenzen und damit die entsprechenden Unternehmen einer Batteriezellfertigung anzusiedeln. Daher haben sich die Ministerpräsidentin und der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau gemeinsam bereits im vergangenen Jahr – noch bevor Bundeswirtschaftsminister Altmaier und sein französischer Amtskollege Le Maire die gemeinsame Initiative zur Förderung einer Batteriezellfertigung in Deutschland und Frankreich bekanntgaben – bei der Bundesregierung für dieses Ziel stark gemacht. Seitdem steht das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau in einem intensivem Austausch mit dem Bundeswirtschaftsminister und dessen Haus.

Mit der Förderbekanntmachung durch das Bundeswirtschaftsministerium am 22. Februar 2019 konkretisierte die Bunderegierung dann ihr Vorhaben. Hierbei strebt der Bund durch verschiedene Arbeitsgemeinschaften an, die Wertschöpfungskette der Zellfertigung von der Gewinnung der Ressourcen und den Elektroden-Materialien über die eigentliche Batteriezellproduktion bis zur Integration der Zellen und der nachhaltigen und umweltverträglichen Wiederverwendung und Entsorgung abzubilden. Die Förderung soll in einer Höhe von bis zu einer Milliarde Euro aus dem Energie- und Klimafonds des Bundes erfolgen und steht unter dem Vorbehalt der beihilferechtlichen Genehmigung der Europäischen Kommission, welche durch das Bundeswirtschaftsministerium als Programmverantwortlichen gegenüber der Europäischen Kommission beantragt wird. Dieses vom Bund initiierte Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interesse („Important Project of Common European Interest“, IPCEI) zur Batteriezellfertigung muss sich durch einen hohen Innovationsgehalt, d. h. durch einen erheblichen Anteil an Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten auszeichnen. An diesen Vorhaben sollen sich Unternehmen aus mindestens zwei Mitgliedstaaten der EU im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft beteiligen. Im Nachgang zur Veröffentlichung des Förderaufrufs haben eine Vielzahl deutscher Unternehmen, im Verbund mit Unternehmen weiterer EU-Staaten, entsprechende Projektskizzen beim Bundeswirtschaftsministerium eingereicht.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 2. Dezember 2019

Bundeswirtschafminister Altmaier hat am 9. Oktober den Antrag auf beihilferechtliche Genehmigung für das erste Industriekonsortium bei der Europäischen Kommission vorgelegt. Die Bundesregierung rechnet mit einer Entscheidung noch im November dieses Jahres.

Dr. Volker Wissing
Staatsminister